

Frage der Beziehungen zu Heterodoxen getroffen werden muß. Erst nach einer gesamtorthodoxen Entscheidung wird die (russische) Bischofssynode über ihre fernere Teilnahme oder Nicht-Teilnahme – und zwar an bilateralen und multilateralen interkonfessionellen theologischen Dialogen und auch an der Arbeit im Weltkirchenrat und in anderen internationalen christlichen Organisationen beschließen. Gegenwärtig werden sich Repräsentanten der Russischen Orthodoxen Kirche noch an der Arbeit internationaler christlicher Organisationen beteiligen...“

Anders ausgedrückt heißt das: Es ist den moderaten Kräften im Moskauer Patriarchat gelungen, die Hardliner davon zu überzeugen, daß man in Moskau in einer so wichtigen Frage wie der Ökumene keinen Alleingang unternehmen dürfe: Das Gespräch, die gegenseitige Abstimmung mit den orthodoxen Schwesterkirchen und ein möglichst geschlossenes Handeln der Orthodoxie in Sachen „Ökumenismus“ seien anzustreben. An zwei Stellen wird ausdrücklich gesagt, daß

auf der Bischofssynode nicht nur die immer problematischeren Beziehungen zum Weltkirchenrat zur Diskussion standen, sondern daß das ganze Bündel von Beziehungen zur nicht-orthodoxen Welt neu überdacht werden müsse – sogar die bilateralen Dialoge.

Vor diesem Hintergrund vermögen die beruhigenden Interpretationen aus Moskau, die Sache der Ökumene habe auf der Bischofssynode obsiegt, nicht recht zu überzeugen. Trotzdem: Wichtig ist im Augenblick, daß Patriarch Aleksij sich in einer schwierigen kirchenpolitischen Situation gegen den nationalistisch-antiökumenischen Flügel hat durchsetzen können und daß der ökumenisch orientierte Flügel in der Kirche wieder etwas Zeit gewonnen hat. Eine Mehrheit der Bischöfe war offensichtlich bemüht, nichts zu präjudizieren und grundsätzliche Entscheidungen – wie etwa die der Ökumene oder die der Kanonisierung der Familie des ermordeten Kaisers Nikolaj II. – zu vertagen und somit Möglichkeiten nach allen Seiten offenzulassen. *Gerd Stricker*

„Alles andere als Kirchenstürmerei“

Fragen an die bündnisgrüne Bundestagsabgeordnete Christa Nickels

Konfliktreich und spannungsgeladen ist das Verhältnis zwischen den Kirchen, besonders der katholischen, und den Grünen seit Bestehen der Partei. Gleichzeitig gibt es aber auch Gemeinsamkeiten: im Engagement für die verschiedenen Gruppen sozial Benachteiligter ebenso wie auch bei bestimmten Ziel- und Wertvorstellungen. Wir befragten dazu die kirchenpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, Christa Nickels MdB. Die Fragen stellte Alexander Foitzik.

HK: Frau Nickels, zweimal wurden Sie nun schon im Zentralkomitee der deutschen Katholiken zur Wahl der zugewählten Einzelmitglieder vorgeschlagen. Zweimal wurden Sie aber auch nicht gewählt. Ist das ein Zeichen dafür, daß das Tischtuch zwischen dem ZdK, auch zwischen der katholischen Kirche insgesamt, und den Grünen immer noch zerschnitten ist, wie der damalige ZdK-Präsident Hans Maier 1986 erklärte?

Nickels: Um die Kandidatur beim ZdK hatte ich mich beide Male nicht selbst bemüht, weil ich ja um die Vorbehalte von Seiten der Kirchenleitung weiß. Im ersten Fall wurde ich vorgeschlagen, ohne davon zu wissen und habe aus der Zeitung erfahren, daß ich zwar nicht gewählt wurde, aber ein für mich erstaunlich achtbares Ergebnis erreicht hatte. Beim zweiten Mal hatte der BDKJ, zu dem von meinen früheren verschiedenen Aktivitäten in katholischen Verbänden her schon lange Beziehungen bestehen, angefragt. Das Tischtuch zwischen der Kirche und den Grünen war für mich nie zerschnitten. Das wurde nur behauptet. Daß ein so exponier-

ter Laienvertreter, wie Hans Maier es damals war, sich so äußerte, hat die Grünen natürlich sehr geärgert.

HK: Seit Bestehen der Partei „Die Grünen“ ist das Verhältnis zwischen ihr und besonders der katholischen Kirche zumindest gespannt und konfliktreich. Anfangs sorgten vor allem die Fragen des Lebensschutzes und die Forderung Ihrer Partei auch nach rechtlicher Gleichstellung der verschiedenen Lebensformen für Spannungen. In jüngster Zeit sind es vor allem die Infragestellung des geltenden Staat-Kirche-Verhältnisses, die Forderung nach Abschaffung der Kirchensteuer und die grüne Sympathie für das brandenburgische Unterrichtsfach LER, die für Konfliktstoff sorgen. Lassen sich das grüne und das kirchliche Milieu einfach nicht vereinbaren?

Nickels: Zunächst einmal läßt sich keinesfalls behaupten, daß die Partei und das kirchliche Milieu sich fremd gegenüberstehen. Christinnen und Christen bildeten einen wichtigen Gründungsstrang bei den Grünen. Sie gehörten überwiegend – und ich komme selbst aus diesem Spektrum – zu

der großen Gruppe der Wertkonservativen, die deshalb die Gründung der Grünen forderten, weil in den alten politischen Strukturen die drängenden Fragen der Ökologie, der Bewahrung der Schöpfung, der Unterbrechung der Rüstungsspirale und die Frage nach Gerechtigkeit in der Gesellschaft zwischen den Geschlechtern sowie zwischen Norden und Süden keine Rolle spielten. Die Grünen hätten die Fünf-Prozent-Hürde nicht übersprungen, wenn nicht viele mit einem dezidiert christlichen Hintergrund und ihrem christlichen Selbstverständnis die Partei mitbegründet hätten.

„Die Grünen sind eine Partei quer zu allen Milieus“

HK: War aber nicht in der Außenwahrnehmung, gerade in der Perspektive der katholischen Kirche, diese Gruppe kaum, die linken Protagonisten der Grünen dafür sehr viel deutlicher zu hören und zu sehen?

Nickels: Die Grünen waren zu Anfang ja noch keine Partei. In dem langen Gründungsprozeß mußten erst einmal die verschiedenen Milieus zu einem Ausgleich gebracht werden. In diesen ersten Jahren ist es leider besser gelungen, die dezidiert linken Traditionen und Gründungsströme zu integrieren als die eher wertkonservativen. Viele aus dem wertkonservativen Lager waren oft familiär und beruflich fest gebunden, konnten daher auf unendlichen, anstrengenden Gründungssitzungen nicht präsent sein und fanden nicht die Beachtung, die ihnen eigentlich hätte zukommen müssen. Viele von ihnen resignierten und verließen die Grünen. Für mich waren die Grünen aber nie eine Partei, die nur in linken Milieus verankert war und ist. Die Grünen sind seit der Gründung eine Partei quer zu allen Milieus.

HK: Daß es eine Schnittmenge an gemeinsamen Zielvorstellungen und Leitideen, zwischen Grundprinzipien grüner Politik und christlichen Wertvorstellungen gibt, wurde bereits in dieser Gründungsphase deutlich. War das Verhältnis zwischen den Kirchen, auch der katholischen, und den Grünen demnach faktisch besser, als es die Kampfrhetorik auf beiden Seiten nahelegte?

Nickels: In der Gründung der Grünen spiegelten sich die gleichen Strömungen und Forderungen wider, die sich auch innerhalb der Kirchen in deren Basisgruppen fanden: gleich ob dies die Forderungen einer Theologie der Befreiung war oder Frauen und Jugendliche ihre Rechte einforderten; ebenso die Gruppen, die aus Glaubensgründen für eine Reform des Staat-Kirche-Verhältnisses eingetreten sind oder Christinnen und Christen, die Mitbestimmung und Demokratisierung vor allem in der katholischen Kirche forderten. Zu diesen Gruppen hatten die Grünen von Beginn an sehr gute Kontakte. Von Anfang gab es auch, das wissen viele nicht, Kontakte und eine gute Zusammenarbeit mit kirchlichen Hilfswerken wie Misereor und Missio. Grüne Interna-

tionalisten und Eine-Welt-Aktivisten haben sich vor Ort immer auch mit denen getroffen, die in den Kirchen in der Dritte-Welt-Arbeit engagiert waren. Wenn man die ersten parlamentarischen Initiativen der Grünen in diesem Umfeld anschaut, von der Dritte-Welt-Arbeit über frauen- oder menschenrechtspolitische Forderungen bis zur Ökologie, wird klar, daß wir auch immer zu einem Teil der parlamentarische Arm für bestimmte Bereiche der praktischen Arbeit der Kirchen waren.

HK: Die Vorbehalte aber auf Seiten der Kirchenleitungen, der katholischen stärker als der evangelischen, blieben bestehen. Gab es da schlichtweg auch zu viele Mißverständnisse und Kommunikationsbarrieren?

Nickels: Die Leitungen wußten natürlich um die Kontakte zu den kirchlichen Reformgruppen, über die Zusammenarbeit etwa in der Dritte-Welt-Arbeit. Wir spiegelten den Kirchen aber eben auch zum Teil die eigene innerkirchliche Opposition wider. Daß dies Abwehrreflexe ausgelöst hat, ist klar. Nur haben diese nicht ihre Ursache darin, daß grüne Positionen mit den von den Kirchen vertretenen Inhalten und Werten nicht übereinstimmen. Die Kirchen hatten einfach auch eine viel größere machtpolitische Affinität zu den traditionellen Parteien. Da spielen auch Gewöhnungseffekte eine Rolle. So, wie wir zu Beginn für die etablierten Parteien eine Herausforderung waren, die diese nicht annehmen wollten, waren wir es auch oft für die kirchlichen Leitungsgremien.

HK: Eine mögliche rot-grüne Regierung in Bonn löst bei manchem Kirchenvertreter, dies hat sich beim Bundestagswahlkampf 1994 gezeigt, immer noch das Horrorszenario vom Sturm auf die Kirchen aus. Wurde da gegen besseres Wissen bewußt übertrieben oder steckt in solchen Szenarios nicht doch ein Stück Wahrheit?

Nickels: Wer sich die bestehenden rot-grünen Koalitionsregierungen anschaut, muß feststellen, daß diese alles andere als Kirchenstürmerei betreiben. Gerade die Grünen haben in diesen Koalitionen Mittel freigeschaufelt, wo es um soziale Projekte geht, um Maßnahmen für Benachteiligte, um den ganzen Bereich Kinder und Frauen oder die Arbeit mit Flüchtlingen und Asylbewerbern. Diese Projekte aber sind ja sehr oft in kirchlicher Trägerschaft. Die Grünen unterstützen es doch in jeder Hinsicht, wenn beispielsweise der Caritasverband einen Armutsbericht einfordert und seine Arbeit reflektiert in die politische Ebene einspeist. Es gibt einfach zu viel Stimmungsmache gegen die Grünen, aber ich bin mir sicher, daß das weite Teile der Kirchen, ihrer Verbände und Organisationen durchschauen.

HK: Gerade in den verschiedenen Phasen der politischen Auseinandersetzungen um den Strafrechtsparagrafen 218 gab es aber auch von Seiten der Grünen eine Form von Polemik gegen die Kirchen – wiederum vor allem gegen die katholische Kirche gerichtet –, die einem weiteren Gewöhnungsprozeß ganz und gar nicht förderlich war...

Nickels: Bestimmte Äußerungen aus den Reihen der Grünen haben den kirchlichen Vorurteilen natürlich kräftig Nahrung gegeben: etwa im frauenpolitischen Bereich die Äußerungen Jutta Ditfurths, zwei Abtreibungen seien kein zu hoher Preis für ein lustvolles Sexualleben oder auch die Rede vom Entfernen des Zellklumpens. Solche Äußerungen haben mich als Christin, aber viel mehr noch als Grüne zornig gemacht. Die Grünen sind eine Partei, die für Lebensschutz eintritt, für das geborene wie das ungeborene Leben. Und wir konnten unsere Position, daß es keinen Schutz des ungeborenen Lebens gegen die Frau gibt, gut begründen. Für uns stand bei diesen Auseinandersetzungen vor allem das gesellschaftliche Frauenbild im Vordergrund. Frauen bringen Leben hervor und bewahren es, oft unter Hinnahme von massiven Nachteilen. Frauen dürfen daher nicht durch die Einführung von Strafparagraphen wider besseres Wissen zum Feind des ungeborenen Lebens erklärt werden. In 90 Prozent aller Papiere und Programme der Grünen wurde dies auch so vertreten und entwickelt. Vor allem haben wir uns vehement für die Kinder- und Familienfreundlichkeit in allen Lebensbereichen eingesetzt, vom bedarfsdeckenden Kindergeld, Forderungen nach familiengemäßen Arbeitszeiten, von der Verkehrspolitik bis zu Umweltpolitik.

„Wir wollen keine Privatisierung des Glaubens“

HK: Die Schlachten um den Paragraphen 218 sind jetzt erst einmal geschlagen. Ist dies mit ein Grund dafür, daß sich das Verhältnis auch zwischen der katholischen Kirche und den Grünen doch zu entspannen scheint? Kommt diese schwierige Beziehung, auch mit Veränderungen innerhalb Ihrer Partei – Stichworte: Hinwendung zur Mitte, dritte politische Kraft, Regierungsverantwortung – in eine konstruktivere Phase?

Nickels: Das Verhältnis ist besser geworden. Nur weiß ich nicht, ob Veränderungen bei den Grünen dafür ausschlaggebend sind. Die Grünen, die ja mittlerweile auf allen parlamentarischen Ebenen, in Kommunen, Landtagen und auf Bundesebene vertreten sind, haben sich vor allem in intensiver Arbeit um eine gesellschaftliche Debatte bemüht, die Auseinandersetzung um Grundlagen gesucht und Klärungsprozesse initiiert. Dies hat zu einigen Gewichtsverschiebungen innerhalb der Partei geführt. Wir waren aber auch mit unseren Anliegen in der Ideenwelt der Bundesrepublik erfolgreich: Es gibt heute keine einzige Partei mehr, die bestreitet, daß die Umwelt extrem gefährdet ist, daß zu ihrem Schutz sehr viel mehr getan werden muß. Auch kann es sich keine Partei mehr leisten, die Umsetzung der Gleichberechtigung von Mann und Frau auf allen Ebenen zu bestreiten. Ebenso können selbst konservative Parteien beim Lebensschutz nicht mehr nur auf den Paragraphen 218 setzen. In der katholischen wie evangelischen Kirche ist die Auseinandersetzung mit diesen Themen in vollem Gange. Und diese Debatten werden nicht nur an der kirchlichen Basis geführt, sondern quer durch alle Ebenen der Kirche.

HK: So etwas wie einen strukturierten, offiziellen Dialog etwa zwischen der Deutschen Bischofskonferenz und den Grünen gibt es trotz solcher Veränderungen zumindest bei den Rahmenbedingungen derzeit noch nicht. Was kann die kirchenpolitische Sprecherin der Grünen für einen solchen Dialog tun?

Nickels: Zunächst ist es für uns natürlich ärgerlich, daß die Grünen von Seiten der Deutschen Bischofskonferenz immer noch nicht formal behandelt werden wie jede andere Partei. Aber so wie ich meine Kirche kenne, erledigt sich dieses Problem spätestens dann, wenn wir auf Bundesebene Regierungsverantwortung mit übernehmen. Einen strukturierten Dialog zwischen Kirchen und Grünen versuche ich derzeit aber auf mehreren Ebenen in Gang zu bringen. Dazu soll bei den aktuellen Debattenpunkten angesetzt werden, etwa der Diskussion um LER, zu der ich im Mai 1996 in Berlin eine Anhörung organisiert habe. In den letzten zwei Jahren gab es auf der Ebene der Evangelischen Akademien Treffen zwischen Politikern unserer Partei und Vertretern der Kirchen, die in dem jeweiligen Bereich engagiert sind. Auf katholischer Seite laufen die Kontakte vor allem über die Verbandsschiene. Wichtig sind aber besonders die bundesweiten Dialogveranstaltungen an der Basis. Mittlerweile sind dies gut besuchte Veranstaltungen, zu denen jetzt auch Pfarrer, Dechanten und Superintendents kommen.

HK: Die immer wieder von Grünen erhobene Forderung nach radikaler Trennung von Kirche und Staat in Deutschland, bleibt einer der Knackpunkte für alle weiteren Kontaktversuche. In einem kirchenpolitischen Beschluß des zuständigen Arbeitskreises Ihrer Partei von Herbst 1996 heißt es, man wolle mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften „offensiv“ Diskussionen zum Verhältnis Staat und Kirche führen. Wie offen ist dieser Diskussionsprozeß von Ihrer Seite?

Nickels: Von unserer Seite aus haben wir uns auf die Formel einer „freundlichen Trennung“ von Kirche und Staat verständigt. Bei einem Treffen in der Akademie der evangelischen Kirche der Pfalz im letzten Jahr haben sich aus acht Landtagen die zuständigen grünen Fachpolitiker, Vertreter aus mehreren Landes- und der Bundesarbeitsgemeinschaft ‚Christen und Christinnen bei Bündnis 90/Die Grünen‘ und die Bundesvorstandssprecherin Gunda Röstel, eine praktizierende Protestantin, getroffen. Dabei wurde betont, daß die Positionen der Grünen zum Staat-Kirche-Verhältnis im Dialog mit den Kirchen entwickelt werden müssen. In diesen Dialog bringen wir Grundpositionen ein: Beispielsweise setzen wir uns dafür ein, daß die Kirchen auf Dauer gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten haben, wir wollen keine Privatisierung des Glaubens. Zugleich wollen wir jedoch auch größere Chancengleichheit zugunsten auch anderer gesellschaftlicher Initiativen und Aktivitäten.

HK: Warum drängen die Grünen so auf eine Reform des Staat-Kirche-Verhältnisses? Die bisherigen Regelungen haben sich doch in vielfacher Hinsicht bewährt...

Nickels: Der Grund liegt in dem Spannungsverhältnis zwischen positiver und negativer Religionsfreiheit, die beide grundrechtlich verankert sind. Es gibt einen unbestreitbar rasanten Wandel in der Gesellschaft, eine fortschreitende Säkularisierung. Natürlich bestehen dabei Unterschiede zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland: in den alten Bundesländern gibt es immer noch über 70 Prozent Kirchenmitglieder; in den neuen Bundesländern sind es nur 20 Prozent. Unsere Verfassung beruht aber sehr stark auf der angenommenen Identität von Staatsbürger und Christ. Diese galt sicherlich in den Nachkriegsjahren, heute trifft dies so nicht mehr zu. Diese Realität müssen auch die Kirchen in den Blick nehmen. Wir wollen eine Reformdebatte starten, die die tatsächlichen Bedingungen diskutiert.

„Es ist nicht Intention der Grünen, den Kirchen das Standbein wegzuziehen“

HK: Auch wenn man vor dieser Realität nicht die Augen verschließen darf – geht Ihre Partei nicht doch von einer zu negativen Einschätzung der Lage von Christentum und Kirche in unserer Gesellschaft aus?

Nickels: Zu dieser Situation gibt es doch ausreichendes, nüchternes Zahlenmaterial. Ich erschrecke über solche Zahlen doch genauso, beispielsweise daß es in Großstädten ganze Schulklassen gibt, in denen die getauften Kinder in der Minderheit sind. Aber auch als Christin kann ich dabei nicht darüber hinwegsehen, daß selbst bei fast 80 Prozent konfessionell gebundener Christen in den alten Bundesländern maximal 20 Prozent eine Glaubenspraxis im Sinne der Kirche leben. Das müßte auch die Kirchen ebenso beunruhigen wie das schon vielfach beschriebene fehlende Grundlagenwissen bei der heutigen Schülergeneration. Angesichts dieses Befundes müssen die Kirchen sich bemühen, ihre Substanz zu erhalten und zu stärken. Sie stehen vor einer riesigen Herausforderung, die sie nicht bewältigen, indem sie sich verschanzen und diejenigen, die das Problem benennen, als dessen Verursacher denunzieren. Die schrille Reaktion der Kirchen ist auch ein Ausdruck tiefer Verunsicherung.

HK: Müssen denn nicht die auch von Ihrer Partei forcierten Versuche, den Religionsunterricht an staatlichen Schulen zu beschränken oder gar zu verbannen, die Kirchen verunsichern? Es geht den Kirchen dabei gerade um das erschreckend geringe christliche Grundwissen ...

Nickels: Es ist doch nicht Intention der Grünen, die Kirchen zu verunsichern oder ihnen ihr Standbein wegzuziehen. Wir sind für eine Reformdebatte, die zu tragfähigen Ergebnissen führt, die der positiven wie der negativen Religionsfreiheit gleichermaßen gerecht werden und den Kirchen die Möglichkeiten einräumen, sich in der Gesellschaft adäquat zu entfalten. Zum anderen sehe ich eine staatliche Verpflichtung darin, dafür zu sorgen, daß das Wissen um einen we-

sentlichen Strang der europäischen Kultur- und Geistesgeschichte nicht verlorengeht. In diesem Sinne ist LER ein gutes Angebot, das auch die Kirchen würdigen sollten. LER ist ein Unterrichtsfach, das auch nicht konfessionell gebundenen Jugendlichen Fachwissen über die Grundlagen des Christentums vermittelt. Diese Vermittlung wird längerfristig auch in den alten Bundesländern immer wichtiger werden.

HK: Hinter Forderungen nach Reform des Staat-Kirche-Verhältnisses steht ein konkretes Kirchenbild, eine bestimmte Vorstellung von Aufgabe und Rolle der Kirchen in der Gesellschaft. Sollen sich die Kirchen dieses quasi von außen aufdrängen lassen?

Nickels: Natürlich müssen die Kirchen selbst entscheiden, welche Rolle sie in der Gesellschaft spielen wollen. Darüber hat die Politik nicht zu befinden. In einer Welt, die sich rapide wandelt und in einer Zeit, in der auch in der Kirche ein sehr grundlegender Diskussionsprozeß im Gange ist, wird sich aber auch die Kirche wandeln müssen.

HK: Welche Erwartungen haben Sie an eine sich solchermaßen verändernde Kirche? In dem schon genannten kirchenpolitischen Beschluß der Grünen heißt es auch, man wolle die Möglichkeiten der Kooperation mit den Kirchen ausloten.

Nickels: Wir befinden uns in einer Situation, in der sich alle wichtigen gesellschaftlichen Organisationen in einen Dialog begeben müssen, im Interesse der demokratischen, sozialen, ökologischen Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft aktuell steht. Zwischen Grünen und den Kirchen findet man dazu viele gemeinsame Schnittmengen. Es geht in dem jetzt zu initiiierenden und zu gestaltenden Dialogprozeß darum, gemeinsame Arbeitszusammenhänge zu finden und zu schaffen, um den Umwandlungsprozeß, in dem sich die Gesellschaft befindet, positiv und produktiv zu steuern – jeder auf seinem Feld, aber in reflektiertem Austausch, bei der Situations- und Problemanalyse genauso wie bei den Lösungsansätzen.

„Die gemeinsamen Aktionsfelder zwischen Kirche und Politik nutzen“

HK: Über die praktische Zusammenarbeit zugunsten sozial benachteiligter Gruppen und manche Übereinstimmung in sozialpolitischen Positionen und Forderungen hinaus – wie sieht das gemeinsame Ziel in der Kooperation zwischen Kirchen und Grünen aus?

Nickels: Ein zivile Bürgergesellschaft lebt von einem Grundstock tragender gemeinsamer Werte und Überzeugungen. Bei uns sind diese kodifiziert in den Grundrechten und der Europäischen Menschenrechtskonvention. Allerdings besteht in der aktuellen Umbruchsituation die Gefahr, daß vie-

les davon unter die Räder angeblicher Globalisierungszwänge zu geraten droht. Der Markt wird zum goldenen Kalb gemacht, dem alles andere untergeordnet sein soll. Aber dadurch wird zerstört, was uns trägt. Nicht nur die ökologischen Ressourcen sind endlich, sondern auch die zivilen Grundlagen einer Gesellschaft. Dieser Entwicklung gilt es entgegenzuwirken, ihr produktiv etwas entgegenzusetzen. Die gemeinsamen Aktionsfelder zwischen Kirche und Politik müssen genutzt werden zugunsten der Gemeinschaft, der Gesellschaft. Es gilt das Grundgerüst, das in der Nachkriegsdemokratie in die Gesellschaft eingezogen wurde, zu sichern: Dazu gehört die soziale Gerechtigkeit ebenso wie die Wertschätzung einer Zivilgesellschaft, die sich friedlich und im Konsens zu einigen versucht.

„Mit dem Konsultationsprozeß haben die Kirchen ihr Glaubwürdigkeitspotential erheblich erweitert“

HK: Auf der einen Seite soll die Bedeutung der Kirchen, die ja auch gerade Garanten dieses Grundgerüsts waren und sein wollen, schon so weit erodiert sein, auf der anderen Seite sucht man die Kirchen als Bündnispartner zur Sicherung und Konstitution des Gesellschaftsvertrages. Liegt hier nicht ein Widerspruch in der Position der Grünen?

Nickels: Nein, denn der beschriebene Auszehrungsprozeß trifft keineswegs allein die Kirchen, damit kämpfen die Parteien, die Grünen eingeschlossen, ebenso wie auch die Gewerkschaften. Die Institutionen, die das Gerüst dieser Gesellschaft bilden, unterliegen alle der gleichen Auszehrung, der gleichen Legitimationskrise. Nur dürfen sich diese Institutionen nicht mit dem Faktum abfinden und zu einem ‚business as usual‘ übergehen. Alle gesellschaftlich relevanten Kräfte müssen daran arbeiten, diesen Auszehrungsprozeß zu stoppen. Dazu müssen diese Institutionen aber auch zusammenarbeiten. Die großen christlichen Kirchen sind da genauso wichtig wie die Parteien oder die Gewerkschaften.

HK: Ist der vor zwei Jahren begonnene Konsultationsprozeß der Kirchen zu dem jetzt erschienenen gemeinsamen Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland für Sie Beispiel eines gesellschaftlichen Engagements der Kirchen, das diesen Erwartungen entspricht?

Nickels: Dieser Konsultationsprozeß ist ein ganz besonders gutes Beispiel dafür, was die Kirchen innergesellschaftlich positiv bewegen können. Die Kirchen hatten den Mut, einen Impuls zu geben, bei dem ausdrücklich alle Interessierten zur Mitarbeit eingeladen waren. Mit diesem Pfund können die Kirchen wuchern, wenn auch vieles davon abhängt, wie die Kirchenleitungen selbst nun das weiterführen, was sie mit dem Konsultationsprozeß angestoßen haben. Genau das aber wünschen wir Bündnisgrünen uns von den Kirchen, daß sie mit ihrer Autorität glaubwürdig in dem umfassenden

gesellschaftlichen Umstrukturierungsprozeß zugunsten der Benachteiligten eintreten. Mit dem Konsultationsprozeß haben die Kirchen ihr Glaubwürdigkeitspotential gerade in nichtkirchlichen Kreisen, auch bei vielen nichtkirchlich gebundenen Grünen erheblich erweitert.

HK: Wie homogen, wie greifbar und erkennbar ist der Kooperationspartner Bündnisgrüne für die Kirchen? Inwieweit ist gerade in kirchenpolitischen Fragen das große Spektrum von verschiedenen ideologischen Positionen, Meinungen und Anschauungen innerhalb Ihrer Partei hinderlich?

Nickels: Die Debatte verläuft bei den Grünen ebensowenig homogen wie innerhalb der Kirchen selbst. Von Seiten der Kirchen wurde beispielweise immer betont, die Auffassung der Grünen von Schutzbedürftigkeit und Wert der verschiedenen Lebensgemeinschaften stehe einer weiteren Verständigung mit den Kirchen entgegen. Für die Grünen steht fest: Alle Lebensgemeinschaften, in denen die Sorge um den anderen eine zentrale Rolle spielt, in denen Kinder gepflegt und erzogen, wo Alte versorgt werden, wo sich Partner umeinander kümmern, sind schützenswert, müßten unter dem Schutz des Grundgesetzes stehen. Diese Position wird aber doch auch – wie das jüngste Beispiel der nordelbischen Landeskirche zeigt – in der evangelischen Kirche sogar schon auf der Ebene von Landessynoden diskutiert. Auch in der katholischen Kirche ist die Diskussion etwa über den Umgang mit homosexuellen Partnerschaften in vollem Gang. Das gleiche gilt für die Frage des Umgangs mit Alleinerziehenden oder mit Geschiedenen.

HK: Wenn auch diese Debatten an der sogenannten kirchlichen Basis geführt werden: Zwischen Bischöfen und den Grünen werden diese Positionen weiterhin als Kommunikationsbarrieren stehen...

Nickels: Ich bin hier sehr optimistisch auch in bezug auf das Gespräch mit der katholischen Kirche. Sie muß sich mit der neuen Vielfalt von Lebensverhältnissen, mit diesem pluralen Meinungsspektrum, konkret etwa zu der Frage, in welchen Formen sich menschliche Liebe äußern kann, schon um ihrer wichtigen Rolle in der Gesellschaft willen auseinandersetzen. Ihre gesellschaftliche Rolle kann sie nur in dem Maße spielen, wie sie bereit ist, die Realität der Menschen anzunehmen, für die sie da sein will. Die Kommunikationshemmnisse, die an diesem Punkt zwischen Kirchen und Grünen bestehen, werden sehr schnell verschwinden.

„Gerade die katholische Kirche wird nun sehr viel offener wahrgenommen“

HK: In dem schon mehrfach erwähnten kirchenpolitischen Beschluß der Grünen wird betont, die Grünen seien zwar keine christliche Partei, sie seien aber auch nicht antikirchlich oder antiklerikal. Zeigt diese Betonung, daß es hier noch Klärungsbedarf innerhalb ihrer Partei gibt?

Nickels: Nein, diese Aussage ist Ausdruck davon, daß unsere Partei offen ist für alle Menschen, gleich welcher Konfession oder Weltanschauung, wenn sie auf dem Boden der Grund- und Menschenrechte und unserer vier Grundsäulen – ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei – stehen. Allerdings ist es sehr wichtig, daß bei der Programmdebatte für das nächste Bundestagswahlprogramm das Thema Kirchenpolitik nicht wieder nur ein Thema einiger Experten und Expertinnen für Innen- oder Rechtspolitik und der Bundesarbeitsgemeinschaft ‚Christen und Christinnen bei Bündnis 90/Die Grünen‘ ist, wie es in der Vergangenheit der Fall war. Was bisher gefehlt hat, ist eine breit bei den Bündnisgrünen geführte Debatte zu Religion und Kirchen. Ich arbeite mit daran, daß bei der Erstellung des Bundestagswahlprogramms eine solche Debatte geführt und ein fundierter, von einer großen Zahl von Delegierten getragener kirchenpolitischer Programmteil verabschiedet wird.

HK: Und welchen Stellenwert hat das Verhältnis zu den Kirchen, haben kirchenpolitische Fragestellungen beim „Durchschnitts-Grünen“ bzw. bei grünen Mandatsträgern?

Nickels: Vor allem die Debatte um die Verteidigung des Sozialstaates hat auch bei solchen Grünen, die nicht konfessionell gebunden sind, ein großes Interesse an den Kirchen geweckt. Gerade die katholische Kirche wird nun in der Partei sehr viel offener wahrgenommen und nicht mehr nur auf Rom oder Fulda verengt. Auch in den Reihen der Grünen

selbst gibt es das Erstaunen darüber, was an gemeinsamer Praxis vor Ort zwischen Kirchen und Bündnisgrünen möglich ist.

HK: Welche Rolle wird der wertkonservative Flügel Ihrer Partei in dieser kommenden Programmdebatte spielen können? Verfügt er innerparteilich wirklich noch über eine gewisse Macht?

Nickels: In jedem Fall verlieren die Wertkonservativen nicht an Einfluß. Der Prozeß einer verbesserten innerparteilichen Selbstverständigung ist diesen Kreisen zugute gekommen. In den frühen 80er Jahren sind viele von ihnen gegangen, aber mit dem gescheiterten Wiedereinzug der Grünen in den Bundestag 1990 sind diejenigen vom linken Flügel, die eher spalterische Tendenzen in die Partei gebracht haben, ausgezogen. Zudem hat die wertkonservative Strömung auch durch die Vereinigung mit dem Bündnis 90 wieder Auftrieb bekommen. Die verschiedenen Milieus innerhalb der Grünen sind mittlerweile doch sehr zusammengewachsen. Ich sehe heute eine neue Herausforderung für uns Bündnisgrüne, nämlich wachsam zu sein, um nicht an einen Punkt zu gelangen, an dem die Debatte um Inhalte und Werte keine große Bedeutung mehr hat und machtpolitische Fragen ein übermäßiges Gewicht bekommen. Daß einmal nur noch Überlegungen im Vordergrund stehen, wie man zur Regierungsbeteiligung kommt – darüber mache ich mir sehr viel mehr Sorgen.

Entscheidender Schritt

Die lutherisch-katholische Erklärung zur Rechtfertigungslehre

Seit kurzem liegt die Gemeinsame Erklärung von Lutherischem Weltbund und Vatikanischem Einheitsrat in ihrer abschließenden Fassung vor. Sie soll jetzt von beiden Seiten formell rezipiert werden und einen Durchbruch auf dem Weg zur Kirchengemeinschaft schaffen. Wir veröffentlichen die Erklärung im Wortlaut, einschließlich der Quellen, die integrierter Bestandteil des Dokuments sind.

Präambel

(1) Die Lehre von der Rechtfertigung hatte für die lutherische Reformation des 16. Jahrhunderts zentrale Bedeutung. Sie galt ihr als der „erste und Hauptartikel“¹, der zugleich „Lenker und Richter über alle Stücke christlicher Lehre“² sei. Ganz besonders wurde die Rechtfertigungslehre in der reformatorischen Ausprägung und ihrem besonderen Stellenwert gegenüber der römisch-katholischen Theologie und Kirche der damaligen Zeit vertreten und verteidigt, die ihrerseits eine anders geprägte Rechtfertigungslehre vertraten und verteidigten. Hier lag aus reformatorischer Sicht der

Kernpunkt aller Auseinandersetzungen. Es kam in den lutherischen Bekenntnisschriften³ und auf dem Trienter Konzil der römisch-katholischen Kirche zu Lehrverurteilungen, die bis heute gültig sind und kirchentrennende Wirkung haben.

(2) Die Rechtfertigungslehre hat für die lutherische Tradition jenen besonderen Stellenwert bewahrt. Deshalb nahm sie auch im offiziellen lutherisch-katholischen Dialog von Anfang an einen wichtigen Platz ein.

(3) In besonderer Weise sei verwiesen auf die Berichte „Evangelium und Kirche“ (1972)⁴ und „Kirche und Rechtfertigung“ (1994)⁵ der internationalen Gemeinsamen römisch-katholischen/evangelisch-lutherischen Kommission,